

te über die Beziehungen der künftigen SVZ Hongkong zu Taiwan bekanntgegeben. Danach können die bestehenden Beziehungen beider Seiten entsprechend dem "Ein-China-Prinzip" nach dem Souveränitätswechsel in Hongkong fortgeführt werden. Alle amtlichen Kontakte, Verhandlungen, Unterzeichnungen von Verträgen und Gründungen von Organisationen zwischen Taiwan und Hongkong müssen jedoch von Beijing oder dem Regierungschef der SVZ in konkretem Auftrag von Beijing genehmigt werden. -ni-

Oskar Weggel

Asien im Jahr 2050

Versuch einer virtuellen Umrißbestimmung

*(31)

Hoher Überschuß im Haushalt Hongkongs

Im abgelaufenen Finanzjahr 1996/97 (1. April - 30. März) weist der Haushalt Hongkongs nach Schätzung von Finanzminister Donald Tsang Yam-kuen einen unerwartet hohen Überschuß von 15,1 Mrd. HK\$ (7,8 HK\$=1 US\$) auf verglichen mit dem ursprünglich geplanten Volumen von 1,6 Mrd. HK\$. Das Ergebnis kam in erster Linie durch den Boom im Immobiliensektor zustande und ebenfalls durch niedrige Regierausgaben. Für das Fiskaljahr 1997/98 sieht der neue Haushaltsplan sogar einen mehr als doppelt so hohen Überschuß von 32 Mrd. HK\$ vor: Einnahmen von 234 Mrd. HK\$ gegenüber Ausgaben von 202 Mrd. HK\$. Damit würden die gesamten Finanzreserven per Ende des neuen Fiskaljahres - Ende März 1998 - eine Höhe von 359 Mrd. HK\$ erreichen.

Bei den ökonomischen Rahmenbedingungen, innerhalb deren der Finanzminister sein Budget präsentierte, ging er von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im laufenden Jahr von 5,5% (1996: 4,7%) aus. Die Exporte sollen um 8,5% gegenüber dem Vorjahr steigen, die Inflationsrate wird auf 7% geschätzt.

Da die britische Kolonie am 1. Juli d.J. an China zurückgeht, wurde der Haushaltsplan 1997/98 unter Konsultation mit dem Expertenausschuß der sino-britischen Liaisongruppe ausgehandelt. Hinsichtlich der Sozialpolitik wird der neue Haushaltsplan als zu konservativ kritisiert. (SCMP und NZZ, 13.3.97; NfA, 26.3.97; DGB, 14.3.97) -ni-

Prognosebedarf contra Prognosehorizont: Eine methodische Vorbetrachtung

Da der wissenschaftliche Prognosehorizont aus heutiger Sicht (1997) kaum über das Jahr 2010 hinausreicht, da gleichzeitig aber solide Planung ohne längerfristige Perspektiven nicht auskommen kann, drängt sich fast von selbst die Frage auf, wie es um die Zukunft des für Europa wohl wichtigsten Kontinents, nämlich Asiens, innerhalb der nächsten zwei Generationen, also bis etwa 2050 vermutlich bestellt ist. Jeder Einblick in künftige Entwicklungen hat außerdem, so begrenzt er auch immer ausfallen mag, doch den unbestreitbaren Vorteil, im besten Sinne aufklärerisch zu wirken - und Ängste abzubauen, auch wo viele Erwartungen durchaus Anlaß zur Beunruhigung geben mögen. Will man also nicht von vorneherein hilflos die Hände in den Schoß legen oder ironisch abwinken, bleibt als einziger Ausweg der zugegebenermaßen höchst vorwissenschaftliche Versuch, mit den Navigationsinstrumenten historischer Erfahrung durch eine unbekannte Zukunftslandschaft zu "surfen" und dabei auch prognostische Hypothesen zu wagen. Erfrischendes Nachdenken und gedankliche Experimente sind gefragt - und sollten deshalb auch gewagt werden.

Obwohl es heute üblich geworden ist zu behaupten, daß Zukunft auch nicht mehr ist, "was sie einmal war" und sich heutzutage mit Kategorien der Vergangenheit noch weniger ausloten lasse als in der bisherigen Menschheitsgeschichte, bleibt Zukunfterschließung auf der Basis von Vergangenheitserfahrungen am Ende doch die einzige Alternative zum Agnostizismus - und damit zur Hilflosigkeit. Hauptmethode soll nachfolgend also die "Hochrechnung" bisheriger Erfahrungen sein. Die Darstellung beginnt in Kapitel 1 mit dem vorweggenommenen Ergebnis, also mit Prognosehypothesen, denen z.T. auch Jahreszahlen als virtuelle Eintrittsdaten beigelegt sind und liefert dann in Kapitel 2 ff. die Begründungen nach.

Soweit von "Asien" die Rede ist, sind die Bereiche Ost-, Südost-, Süd- und Zentralasiens nach dem Verständnis von 1997 gemeint.

Teil 1

Das Panorama einer Zukunftslandschaft

Gliederung

- 1.1 Das außenpolitische Umfeld Asiens im Zeichen der Multipolarisierung: Blick in die Kristallkugel
 - 1.1.1 Ein Asien ohne Vormacht
 - 1.1.1.1 Das gefesselte China
 - 1.1.1.2 Das korporatistische Japan
 - 1.1.1.3 Das wiedervereinigte Korea
 - 1.1.1.4 Südasien - nach dem Zerfall
 - 1.1.1.5 Südostasien: Mehr versprochen als gehalten
 - 1.1.1.6 Zentralasien: Antifundamentalistische Fronten unter usbekischer Führung
 - 1.1.1.7 Die Bündnisstruktur in Asien
 - 1.1.2 Die Sicherheitslage
 - 1.1.2.1 Nachlassen militärischer Gefahren und Rückgang des militärischen Einflusses
 - 1.1.2.2 Terrorismus und Bürgerkriege
 - 1.1.2.3 Das ARF als Feuerwehr
 - 1.1.2.4 Wasser- und Öko-Kriege?
 - 1.2 Die Wirtschaft als A und O
 - 1.2.1 China als führende Weltwirtschaftsmacht
 - 1.2.2 Infrastrukturelle Entwicklungen
 - 1.2.3 Soziale Hypothesen
 - 1.2.3.1 BIP-Gefällestufen
 - 1.2.3.2 HDI-Größen
 - 1.2.3.3 Bevölkerungsexplosion, Völkerwanderung und Urbanisierung
 - 1.2.3.4 Verteilungs- und Versorgungsengpässe
 - 1.2.4 Ökologische Schäden
 - 1.3 Innenpolitische Entwicklung
 - 1.3.1 Selbsthilfekräfte und Kleine Politik lassen Kabinette, Militärs und Große Politik verblassen
 - 1.3.2 Rückkehr von Traditionselementen

1.1 Das außenpolitische Umfeld Asiens im Zeichen der Multipolarisierung: Blick in die Kristallkugel

1.1.1 Ein Asien ohne Vormacht

Im Asien des 21. Jahrhunderts gibt es keine dominierende Vormacht; vielmehr herrscht ein Mächtigegleichgewicht, an dem China, Japan, die ASEAN und ein von vielen Bruchstellen durchzogenes Südasien teilhaben. In dieser multipolaren Ordnung möchte China wenigstens primus inter pares sein - ein Anliegen, das sich angesichts des Widerstands der anderen asiatischen "Pole" nur mühsam verwirklichen läßt.

1.1.1.1 Das gefesselte China

Die VR China, die im Jahre 2049 gerade 100 Jahre alt geworden ist, hat sich als staatliche Einheit zwar mühsam erhalten können, ist aber regionalen Spannungen ausgesetzt, die den offiziell postulierten Zentralismus mehr als Wunschbild denn als Wirklichkeit erscheinen lassen. Der Zentrale sind nur rahmenhafte Befugnisse zur "Steuerung von Selbststeuerung" verblieben, die vor allem zur ordnungspolitischen Ausrichtung der Wirtschaft eingesetzt werden.

Im Küstenraum, wo sich die wirtschaftlichen Hauptkräfte sammeln, bestehen dichte Netzwerke von Wirtschaftsinteressen, die mit denen der Auslandschinesengemeinden im zirkumpazifischen Bereich eng verknüpft sind. Die Zahl der im Ausland lebenden *Huaren* ist von rund 30 Mio. am Ende des 20. Jahrhunderts auf mittlerweile 60 Mio. angestiegen, wobei die Zunahme weniger in den Traditionsgebieten von Nanyang als vielmehr in den USA, Kanada, Mexiko, im westlichen Lateinamerika sowie in Australien, Neuseeland und Europa stattgefunden hat.

Taiwan hat sich im Jahre 2020 als "Sonderverwaltungszone" in den VR-Verband eingegliedert, nachdem die Inselbevölkerung die Erfahrung verinnerlicht hatte, daß das 1997 "heimgekehrte" Hongkong in seiner wirtschaftlichen und demokratischen Substanz erhalten geblieben war und nachdem sich überdies in den wirtschaftlich hochentwickelten Küstenbereichen der VR China bereits um 2010 ein solider Mittelstand herausgebildet hatte, dem es gelungen war, sich in alle strategischen Entscheidungen einzubringen und rechtsstaatliche Vorstellungen durchzudrücken. Südostchina hat sich bis hinauf nach Shanghai weitgehend "hongkongisiert".

Im fernwestlichen China bestehen nach wie vor Unruheherde, denen sicherheitspolitisch deshalb so schwer beizukommen ist, weil von Zentralasien her immer wieder Öl ins Feuer gegossen wird. Versuche der Beijinger Führung, vor allem der Autonomen Region Xinjiang verstärkt unter die Arme zu greifen und sie dadurch zu einem Modell des Fortschritts und der Wohlhabenheit in Zentralasien werden zu lassen, sind durch fundamentalistische Einflüsse islamischer Bewegungen immer wieder vereitelt worden.

Immerhin hat die VR China ihren Frieden mit Tibet gefunden, das sich nach Jahrzehnten quälender Auseinandersetzungen, und mit dem Segen fast der gesamten nichtchinesischen Welt, endlich jene Autonomierechte errotzen konnte, die ihm schon in der alten Verfassung von 1982 zugesichert, in der Praxis aber immer wieder vorenthalten worden waren.

Erstaunlich groß ist immer noch der Einfluß des Panchen Lama sowie des im Jahre 2015 aus dem indischen Dharamsala-Exil heimgekehrten 14. Dalai Lama, nach dessen Tod im Jahre 2025 der neue (15.) Dalai Lama anhand des Zeremoniells mit der "Goldenen Urne" bestimmt wurde: nach einem Verfahren also, das den Beijinger Vorstellungen entspricht, von konservativen tibetischen Kreisen aber bis auf den heutigen Tag abgelehnt wird.

Aufs Ganze gesehen hat die Autorität Chinas im internationalen Bereich zwar zugenommen; doch wäre es vermessend, von einer neuen "Supermacht" zu sprechen, für die in einer interdependent gewordenen und globalisierten Umgebung ohnehin kein Platz mehr ist. Allerdings müssen sich Europa und die USA mit einem zunehmenden Einfluß der chinesischen Welt in nahezu allen Bereichen abfinden.

Als Gefahr für seine Nachbarn gilt die Volksrepublik schon seit langem nicht mehr; ist sie doch, wie kaum eine andere Volkswirtschaft, auf arbeitsteilige Kooperation mit anderen Staaten und Bewegungen angewiesen, braucht also dringend nach wie vor "Stabilität und eine friedliche Umgebung". Mit 17% der Weltbevölkerung und einem

Ackerbauareal, das pro Kopf weit unter dem Weltdurchschnitt liegt, kann das Land seine Ernährung aus eigener Kraft schon seit langem nicht mehr sicherstellen, sondern ist auf Importe angewiesen. Die Friedlichkeit Chinas zeigt sich nicht zuletzt auch darin, daß das Land mittlerweile mit in die Spitzengruppe der Entwicklungshilfeegeber aufgerückt ist.

1.1.1.2

Das korporatistische Japan

Seine staatliche Einheit hat auch das kulturell und völkisch nach wie vor höchst homogene Japan bewahren und überdies im Jahre 2010 die 1945 an die damalige Sowjetunion verlorenen vier Kurileninseln zurückgewinnen können. Die "Friedensverfassung" von 1947 ist im Laufe des vergangenen Jahrhunderts allerdings an vielen Stellen durchlöchert worden. Japan glaubte, der chinesischen Aufrüstung nicht tatenlos zusehen und daher auch nicht auf eine "maßvolle" Remilitarisierung verzichten zu können, wobei es sich allerdings subtil zwischen zwei Toleranzschwellen zu bewegen hatte, nämlich einer ausreichenden Selbststärkung auf der einen und den nach wie vor bestehenden Befürchtungen vieler Nachbarstaaten auf der anderen Seite, die das Trauma der japanischen Besatzung während des - nun schon über 100 Jahre zurückliegenden - Zweiten Weltkriegs offensichtlich immer noch mit sich herumtragen.

Wichtiger freilich als der militärische Aspekt ist bei den Selbstschutzüberlegungen Tokyos ein Sicherheitskalkül, das demonstrativ mit der Attraktivität Japans (d.h. seiner Wirtschaft, seiner Technologie, seiner inneren Demokratisierung und seiner Rechtsstaatlichkeit) laboriert und das seine Verteidigungsstrategie damit einer Logik ("wer mich angreift, schadet sich selbst zuallererst!") unterstellt hat, die unter der Bezeichnung "umfassende Sicherheitspolitik" (*sogo anzen hoshō*) zu einem der erfolgreichsten "Asien-Exporte" werden und längst auch im Westen Fuß fassen konnte!

Obwohl die Zeiten stürmischen Wirtschaftswachstums bereits viele Jahre zurückliegen, ist Japan wegen seiner Effizienz, vor allem aber wegen seiner immer noch spürbaren Befähigung zu korporatistischen Lösungen ein von vielen Asiaten heimlich bewundertes Vorbild geblieben. Das MITI hat auch im hundertsten Jahr seiner Existenz nichts an Autorität eingebüßt.

1.1.1.3

Das wiedervereinigte Korea

Korea ist bereits im Jahre 2005 wiedervereinigt worden, und zwar zunächst in den Formen eines Staatenbundes, der beiden Teilen 15 Jahre lang Autonomie beließ und dessen Raison d'être nicht zuletzt darauf beruhte, daß Südkorea - gewarnt durch den Präzedenzfall der deutschen Wiedervereinigung - den nordkoreanischen Teil wirtschaftlich nicht schultern zu können glaubte. Da aber kein anderes Volk Asiens - trotz 70jähriger Trennung - so homogen ist wie Korea, kam es bereits im Jahre 2020 zu einer (diesmal zentralistischen) Wiedervereinigung, und zwar mit der neuen Gesamthauptstadt Seoul. Diese Lösung war dadurch möglich geworden, daß die (nord)koreanische Arbeiterpartei nach dem Tode Kim Jong Ils im Jahre 2016 aufgelöst worden war - ähnlich wie 25 Jahre vorher die KPdSU. Die innere Wiedervereinigung dauerte freilich wesentlich länger

als die äußere; vor allem konnten sich die Nordkoreaner lange Zeit nicht mit der Besserwisserei ihrer südkoreanischen Landsleute aussöhnen. So mußte denn eine ganze Generation vergehen, ehe kurz vor der Jahrhundertmitte endlich auch die psychologischen Hürden und Mauern niedergerissen waren.

1.1.1.4

Südasiens - nach dem Zerfall

Während die Nationalstaaten Ostasiens also verhältnismäßig heil aus den Zerreißen hervorgegangen sind, haben die einstigen Staaten Südasiens Federn lassen müssen: Pakistan beispielsweise ist in vier Teile zerfallen, nachdem sich die ethnischen Konflikte unter dem gemeinsamen Dach des Islam nicht mehr lösen lassen, nachdem aber vor allem die Gemeinschaft der Muslime an inneren Konflikten zerbrochen war, vor allem an den Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten. Die erste Region, die sich vom "Land der Reinen" lossagte, war Belutschistan, nachdem dort im Jahre 2005 erstmals Öl entdeckt worden war. Wenige Jahre später brach auch Paschtunistan weg, das sich mit Afghanistan vereinigte, und schließlich sagte sich auch noch der Sindh los, ohne daß viele der Sindh-Bewohner mit dieser Abspaltung bereits zufrieden gewesen wären: Einerseits fordern nämlich die Mohajiren, also die Nachkommen der vor 100 Jahren aus Indien immigrierten Zuwanderer, daß innerhalb des Sindh ein subregionaler Staat namens Jinnahpur gegründet werden sollte, dem vor allem Karachi und Haiderabad anzugehören hätten; andererseits pochen die Ureinwohner auf Gründung eines authentischen, den Sindh vorbehaltenen "Sindhudesh".

In seiner Einheit ist aber nicht nur der Sindh, sondern auch der Kernstaat des früheren Pakistan, der Panjab, bedroht. Bekanntlich hatten 1947, bei der Trennung zwischen Indien und Pakistan, Millionen von Sikhs den pakistanisch gewordenen Teil des Panjab verlassen müssen; es war hier eine Art asiatischer Sudetenproblematik entstanden. Im Anschluß an die Gründung des Sikhstaats Khalistan sind Forderungen nach Rückerstattung und nach Grenzabrundungen laut geworden. Zu einem innenpolitischen Hauptthema hat sich darüber hinaus die auf den ersten Blick eher nebensächliche Frage entwickelt, ob nicht anstelle der pakistanischen Staatssprache Urdu das Panjabi zur Nationalsprache erhoben werden sollte.

Zerfallen ist auch das einstige Sri Lanka. Obwohl Colombo, zermürbt durch jahrzehntelange Bürgerkriegsauseinandersetzungen, seine Bereitschaft erklärt hatte, nur noch einen Bruchteil seiner einstigen zentralistischen Zuständigkeiten auszuüben, wollten sich die Tamilen nicht länger mit bloßer Autonomie innerhalb des Gesamtstaats Sri Lanka begnügen, sondern pochten auf einen eigenständigen Nationalstaat, der schließlich im Jahre 2010 unter der Bezeichnung Tamil Eelam ausgerufen wurde. Die LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam), die nach 1983 einen über 20 Jahre sich hinziehenden Guerillakrieg angezettelt - und unter schweren Verlusten durchgestanden - hatten, waren damit an ihr Ziel gelangt.

Kaum war der Siegestaumel verblasst, sollte es sich allerdings herausstellen, daß Tamil Eelam, wirtschaftlich auf sich allein gestellt, kaum lebensfähig war, so daß eine Wiederannäherung an Colombo zumindest als Möglichkeit ins Visier rückte. Sollte man freilich jahrzehntelang gegen

einen Feind gekämpft haben, nur um ihn jetzt wieder zu umarmen!? Kein Wunder, daß in Jaffna, der neuen Hauptstadt Tamil Eelams, die Auseinandersetzungen um die Colombo- oder aber um die Tamil Nadu-Option mit zu den am emotionalsten diskutierten innenpolitischen Problemen des neuen Kleinstaats gehören!

Zerfallen ist aber nicht nur das einstige Pakistan und das frühere Ceylon, sondern auch die Indische Union. Begonnen hatte der Auflösungsprozeß mit der Verselbständigung Kashmirs und des Sikh-Staates Khalistan. Daß dieser Doppelschlag die Union innerhalb eines einzigen Jahres - 2025 - traf, war alles andere als ein Zufall; führt doch die einzige Landroute von Indien nach Jammu & Kashmir bis auf den heutigen Tag ausgerechnet mitten durch den Punjab!

20 Jahre später kam es dann zur eigentlichen nationalen Katastrophe, nämlich zur Teilung zwischen Nord- und Südindien, wobei das "Hindi-Dreieck" mit den Eckpunkten Bombay, Delhi und Patna sowie die im Westen dieses Dreiecks sich anschließende Gujarati-Region und die im Osten gelegenen Bengali- und Oriya-Gebiete zu den Kernregionen des nordindischen "Bharat" wurden, während die dravidisch-sprechenden Teile der früheren Indischen Union (mit den Untersprachen Tamil, Telugu, Malayalam und Kanaresisch) sich auf die Bildung eines eigenen Südstaats, nämlich "Dravidien" einigten. Sprachkriterien spielten also auch jetzt noch - wie schon zur Zeit der Nehruschen Bundesstaatengründung eine ausschlaggebende Rolle. Die dravidische Bewegung hatte bekanntlich bereits in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts auf eine Abtrennung der dravidischen Sprach-Bundesländer (Andhra Pradesh, Karnataka, Kerala, Tamil Nadu) von der Union hingearbeitet, war aber durch die gesamtindische Patriotismuswelle, die sich nach den Kriegen gegen China (1962) und Pakistan (1965) über das ganze Land hinweg ausgebreitet hatte, wieder ins Hintertreffen geraten. Nach dem friedlichen Ausgleich mit China (vor allem im Gefolge des Grenzgebietsaustauschs von 2020!) und im Anschluß an den Zerfall Pakistans hatte der Separatismus dann aber erneut Auftrieb erhalten. Fast hat es den Anschein, als wolle indische Geschichte sich im Zeitraffertempo wiederholen: Im Laufe von 2000 Jahren haben sich dort ja immer wieder Großreiche mit Epochen der Regionalreiche abgewechselt - angefangen von den zentralistischen Einheitsstaaten der Maurya- und Gupta-Dynastien im Altertum über die Regionalkönigreiche und -sultanate des Mittelalters (etwa 6.-16. nachchristliches Jahrhundert) bis zur erneuten Zentralisierung durch die Großmoguln sowie die Briten und durch die fast ausschließlich von der Kongreßpartei gesteuerten Regierungen während der ersten fünf Jahrzehnte der 1947 ausgerufenen Indischen Union.

Die Regionalkräfte hatten nicht zuletzt im Zeichen der Krise des Kongresses gegen Ende des 20. Jahrhunderts wieder Oberwasser erhalten, so daß spätestens von da an die alten Regionalisierungstraditionen erneut spruchreif wurden.

1.1.1.5

Südostasien: Mehr versprochen als gehalten

Was Südostasien anbelangt, so waren alle zehn Länder dieses Subkontinents noch vor der Jahrtausendwende dem Bündnis beigetreten - als letztes schließlich sogar Birma, das sich im Zeichen der früheren Militärdiktatur eine Zeit-

lang "Myanmar" genannt hatte, das später aber - nach Beginn der Demokratisierung - seinen klassischen Namen Birma wiederangenommen hat.

1967 im Zeichen des Antikommunismus gegründet, hatte das Bündnis zunächst in den 80er Jahren an Kohärenz eingebüßt, als ihm nämlich auf einen Schlag die einstigen Hauptfeinde abhanden gekommen waren. Doch hatte sich hierfür schnell wieder Ersatz gefunden: vor allem war es der auf viele Politiker beängstigend wirkende Aufstieg der VR China, der dafür sorgte, daß die sechs Mitglieder in den 90er Jahren wieder enger zusammenrückten und daß im Zeichen solcher Ängste schließlich sogar die drei z.T. noch realsozialistischen Indochinastaaten mit an Bord genommen wurden. Spätestens nach der Jahrtausendwende sollte es sich allerdings herausstellen, daß die Plattform, auf der die neue Bündnisstruktur beruhte, von Anfang an brüchig gewesen war, weil sich erstens die Furcht vor China als Chimäre erwiesen hatte und weil - peinlicher noch! - die AFTA, also das Freihandelsbündnis der ASEAN, am stärksten durch Verknüpfungen zusammengehalten wurde, die für nicht wenige ASEAN-Mitglieder geradezu anrüchig waren, nämlich - ausgerechnet! - durch Huaren-Netzwerke, die als solche einerseits bindend, paradoxerweise gleichzeitig aber auch sprengend wirkten, weil viele Bumiputra die erdrückende Vormacht des Auslandschinesentums nicht länger hinnehmen wollten: Sieht man einmal von Vietnam, Malaysia und Brunei ab, so kontrollieren nämlich die Huaren, obgleich sich ihr Anteil selten über 5% der Gesamtbevölkerung hinausbewegt, zwischen 70% und 80% des Kapitals in ihren jeweiligen "Heimatländern". Darüber hinaus sorgen die enge Zusammenarbeit der Huaren mit den politischen Eliten einerseits und die außerordentliche Flexibilität der Kapitalströme via "Buch-" und "Internetgeld" andererseits dafür, daß eine Kontrolle des Huaren-Kapitals so gut wie unmöglich geworden ist. Kein Wunder, daß in der fundamentalistischen Argumentation immer häufiger das Stichwort von der "Verschwörung" auftaucht!

In der Tat kommt die "chinesische Gefahr" keineswegs von außen - und schon gar nicht auf militärischem Wege -, sondern vielmehr von innen, nämlich durch stilles wirtschaftliches - und wie viele Kritiker meinen: auch subversives - Wirken. Vor allem von der AFTA (ASEAN Free Trade Association), die seit 2006 besteht, hatten sich die Mitgliedsstaaten ursprünglich nicht nur den Abbau von Zollschränken und einen damit einhergehenden Ausgleich der Gefällestufen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften erwartet, sondern auch ein allgemeines Durchsickern des Wohlstandes auf die Bumiputra erhofft. Dieser Erfolg ist jedoch ausgeblieben, weil erstens führende Volkswirtschaften wie z.B. Singapur und dominierende Wirtschaftsregionen wie Bangkok, Georgetown, Manila, Cebu oder Ho-Chi-Minh-Stadt die Nase weiterhin vorne behalten wollten und weil, zweitens, vor allem das Auslandschinesentum aus den neuen Wettbewerbsvorteilen besonderen Nutzen zu ziehen wußte, ohne daß es dann das in der AFTA erwirtschaftete Kapital wieder reinvestiert hätte. Nach Meinung vieler Kritiker steht nach alledem der Feind, anders als noch vor 40 Jahren, keineswegs außerhalb, sondern *innerhalb* der ASEAN. Den Zorn für die AFTA-Defizite hat - stellvertretend für das Auslandschinesentum insgesamt - Singapur auf sich gezogen, dessen wirtschaftliche Elite im Zeichen des überall zutage tretenden Mißtrauens dazu übergegangen ist, sich in eine Art

Wagenburg zurückzuziehen; zwar hätte Singapur kaum eine Chance, sich im Ernstfall militärisch zu verteidigen, doch darf es sich der Sympathien Chinas sicher sein - und besitzt damit einen soliden Schutzschild, der freilich nur offene Angriffe, nicht dagegen steigende Mißgunst abwehren kann.

So darf es denn auch kaum verwundern, daß die so häufig kritisierte chinesische Achse, die sich angeblich mitten durch die AFTA zieht, immer mehr Kritik auf sich gezogen hat - und zwar sowohl nationalistischer als auch fundamentalistischer Art. Tröstlich für Singapur, daß sich wenigstens Vietnam, von dem doch eigentlich die stärksten antichinesischen Widerstände zu erwarten gewesen wären, aus dieser Kritik heraushält. Der Hauptgrund für diese Reserviertheit dürfte wohl darin bestehen, daß Vietnam in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts zur eigentlichen Wachstumslokomotive Südostasiens geworden ist - und zwar nicht wegen, sondern trotz der auslandschinesischen Konkurrenz!

Das BIP-Wachstum Vietnams hatte erstmals 1998 die 10%-Marke übersprungen, womit Vietnam für eine Dauer von 15 Jahren zum Wachstumsrekordhalter nicht nur in Asien, sondern in der ganzen Welt wurde, so daß sich das Volksvermögen bereits im Jahre 2013 - verglichen mit 1990 - verfünffacht hat. Durch Überhitzung und Inflation kam es dann zwar zu einer Tempoverlangsamung, doch sorgten die metakonfuzianischen Wirtschaftstugenden des vietnamesischen Volkes dafür, daß das Land ebenso spurtreu auf Erfolgskurs blieb, wie vier Jahrzehnte vorher das Vierergespinn der "Kleinen Drachen". Bemerkenswert auch, daß es nach wie vor eine Achse freundschaftlicher Kooperation zwischen Jakarta und Hanoi gibt, die bis in die Zeit der Befreiungskämpfe während der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts zurückreicht, als Indonesien und das damalige Nordvietnam die einzigen Staaten waren, die sich ihre Selbständigkeit im nachkolonialen Befreiungskampf auf militärischem Weg ertrotzen mußten, während die anderen Staaten sie mehr oder weniger geschenkt bekamen.

Was die Wiedervereinigung Vietnams anbelangt, so hat sie sich nach den Anfangsschwierigkeiten der Jahre 1975 ff. verhältnismäßig schnell eingestellt. Allerdings ging die Einigungsdynamik nun immer weniger von Hanoi und seinen politischen Anweisungen als vielmehr von Saigon aus, das 30 Jahre lang, d.h. von 1975 bis 2005 "Ho-Chi-Minh-Stadt" geheißen, diesen Namen dann wieder abgelegt, und das i.ü. ein so rasantes Wachstumstempo vorgelegt hatte, daß schon bald nur noch von "Saigon und dem Rest des Landes" die Rede war.

Zwischen Vietnam und den beiden "indochinesischen" Nachbarn Kambodscha und Laos hatte es noch bis in die frühen 80er Jahre hinein sog. "Sonderbeziehungen" gegeben, die sich nach dem Rückzug der in Kambodscha eingesetzten vietnamesischen Truppen im Jahre 1989 allerdings sowohl in Kambodscha als auch in Laos schnell zu verflüchtigen begannen, zumal nachdem Phnom Penh und Vientiane alte Traditionen der Schaukelpolitik wiederbelebt und sich gezielt die Interessengegensätze im Dreieck Bangkok-Hanoi-Beijing zunutze gemacht hatten. Vor allem die VR China war auf diese Emanzipationsbestrebungen mit Wohlwollen eingegangen und hatte ihre Hände schützend über die beiden Kleinstaaten gehalten,

die nicht zuletzt aus diesem Grunde ihre territoriale Integrität wahren und sich überdies zu Landbrücken zwischen Südostasien, China und Bharat entwickeln konnten. Vor allem in Laos, das noch bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nicht einmal Eisenbahnverbindungen besessen hatte, wurden die Verhältnisse geradezu auf den Kopf gestellt; verläuft doch über das laotische Gebiet mittlerweile eine wichtige Nord-Süd-Eisenbahnverbindung, die das schwierige Gebirgsgelände teilweise "unterkellert"; außerdem ist hier ein wichtiges Teilstück der Landbrückenstraße ("Linie C") zwischen Asien und Europa entstanden. Außerdem hatte sich Laos zu einem Eldorado der Hydroelektrizität entwickelt, ohne dessen Lieferungen die Räder (der Fabriken und der Elektroautos) in den Nachbarstaaten schon früh zum Stillstand gekommen wären. Erst die Erschließung neuer Energiequellen in Form der Kernschmelztechnik (dazu unten 1.2.2.2) hat die Nachfrage nach Hydroenergie wieder zurückgehen lassen.

Im großen und ganzen haben die ASEAN-Staaten ihre territoriale Integrität seit dem Ende des 20. Jahrhunderts zwar erhalten können, doch mußten sie sich z.T. auch zähneknirschend in Kompromisse fügen: Der muslimische Süden der Philippinen etwa hatte bereits seit dem Waffenstillstandsabkommen von 1996 immer mehr Autonomie-rechte an sich gezogen, die zur Jahrtausendwende bereits auf Abtrennung hindeuteten, ehe dann Wirtschaftsüberlegungen doch noch eine Kehrtwendung erzwingen.

Autonomie innerhalb des indonesischen Gesamtstaatenverbands hat seit 2005 auch Timor erlangt.

Am längsten hat Birma gebraucht, um seine Minoritätenprobleme in den Griff zu bekommen. Erst in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts kam es zu einem Ausgleich zwischen Rangun und seinen Aufständischen. Es entstand ein Karen-, ein Kachin- und ein Shan-Staat nach dem SVZ (Sonderverwaltungszone)-Schema, das sich bereits bei der Eingliederung Hongkongs in den VR-chinesischen Staatenverband bewährt hatte und das nun auch den neuen Zonen in Birma ein Maximum an Autonomie innerhalb des Staatsverbandes sichern sollte.

1.1.1.6

Zentralasien: Antifundamentalistische Fronten unter usbekischer Führung

In Zentralasien waren nach dem Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 sechs neue Staaten entstanden, die, zusammen mit der - ebenfalls 1991 aus "neokolonialer" Herrschaft entlassenen - Mongolei, eine Siebenergruppierung bildeten, deren einzelne Teile um die Jahrtausendwende sowohl untereinander als auch innerhalb ihrer eigenen Gebiete wachsenden Spannungen ausgesetzt waren und die deshalb auch nicht zu einer zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft, geschweige denn zu einer politischen Allianz hätten zusammenfinden können. Noch gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatte es den Anschein gehabt, als begännen in Zentralasien drei Kräfte auf- und gegeneinander zu wirken, nämlich Nationalismus, Pantürkismus und islamischer Fundamentalismus.

Der Nationalismus entfaltete sich jedoch keineswegs entlang usbekischer, kasachischer oder tadschikischer Linien, sondern führte zu einer "mini-nationalistischen" Gemengelage, die deutlich werden ließ, daß vielfach noch keineswegs nationale, sondern immer noch (!) stammesorientier-

te Interessen mit im Spiele waren - eine Tendenz, die bereits bei den innerafghanischen Auseinandersetzungen der 90er Jahre ans Tageslicht getreten war.

Auch der Pantürkismus blieb eine Strömung, die eher mit Nostalgie als mit tagespolitischen Realitäten zu tun hatte.

In den Brennpunkt der Auseinandersetzungen rückte am Ende also der Gegensatz zwischen fundamentalistischen Bewegungen und jenen "Modernisierern", deren Denken noch Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die einstige KPdSU-Heimat erkennen ließ. Zu einem heißen Punkt entwickelte sich dieser Interessengegensatz nicht zuletzt deshalb, weil sich die überall zu Tage tretenden "nationalen" und sozialen Probleme immer stärker fundamentalistisch zu artikulieren begannen, während die "Modernisierer" auf der Gegenseite nicht nur durch Globalisierungstendenzen, also durch den "Geist der Zeit", Auftrieb erhielten, sondern auch von den beiden wichtigsten Großmächten des eurasiatischen Kontinents, nämlich von China und Rußland, unterstützt wurden, die beide ja einen Horror vor Fundamentalismen und ihrer destabilisierenden Wirkung empfanden.

Zum vorgeschobenen zentralasiatischen Bollwerk gegen die aus Afghanistan und dem Iran heranbrandende radikalistische Gefahr entwickelte sich Usbekistan, das zunächst in Karimow und später in seinen Nachfolgern immer wieder antifundamentalistische Anwälte fand, denen Moskau und Beijing wo immer möglich unter die Arme griffen. Kein Wunder, daß Usbekistan zum Schrittmacher reformerischer Kräfte auch in den anderen Staaten Zentralasiens wurde und auf diese Weise dazu beitrug, dem Fundamentalismus Boden zu entziehen.

Mit ähnlichen Strategieansätzen arbeitete übrigens auch die VR China, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts das fernwestliche Xinjiang zu einer wirtschaftlich attraktiven Region ausbaute und dadurch ein zentralasiatisches Modell schuf, auf das die Reformen in den Nachbarstaaten verweisen konnten, wenn sie im Zeichen der Auseinandersetzung mit ihren Fundamentalisten wieder einmal mit dem Rücken zur Wand standen.

Um sich allerdings nicht dem Vorwurf aussetzen zu müssen, sie begeben sich in chinesisches Fahrwasser, versäumte es die usbekische Führung selten, auf ihre Beziehungen zur Türkei zu verweisen, in der es gegen Ende des 20. Jahrhunderts zwar zu vereinzelt Reislamisierungsbewegungen gekommen war, die im 21. Jahrhundert aber bald wieder einem neuen Kemalismus Platz machten, so daß sich jetzt auch Ankara als attraktive Alternative zu fundamentalistischen Vorstellungen zu präsentieren begann.

1.1.1.7

Die Bündnisstruktur in Asien

Was die Bündnisstruktur in Asien anbelangt, so haben sich dort einerseits zwar zahlreiche subregional bedeutsame "Wirtschaftsdreiecke" und "Wirtschaftssoonderzonen" herausbilden können, bei denen Arbeitskraft-, Boden- und Kapital- sowie Informationspotentiale höchst sinnvoll und arbeitsteilig aufeinander abgestimmt werden konnten, so daß die hier entstandenen Ansätze geradezu Exportschlagere wurden, doch hat andererseits die 1989 aus der Taufe gehobene APEC mehr versprochen, als sie am Schluß halten

konnte. Kritiker hatten von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Gefällestufen zwischen Japan und Chile, USA und Papua-Neuguinea sowie zwischen Kanada und Mexiko allzu kraß seien, als daß hier wirklich Freihandelsverhältnisse hätten begründet werden können - und nun gar schon in dem kurzen Zeitraum bis 2010 zwischen den hochentwickelten Industriestaaten und bis 2020 mit den übrigen Mitgliedern!

Anders als in Europa, wo sich im Rahmen der EU weitgehend gleichrangige, weil wirtschaftlich verhältnismäßig hochentwickelte Staaten zusammengefunden hatten, fehlte es an solchen Voraussetzungen im asiatisch-pazifischen Bereich; bloße geoökonomische Zusammengehörigkeiten aber reichen für einen Freihandelszusammenschluß offensichtlich keineswegs aus: hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, so wäre er von der APEC und ihrem ernüchternden Entwicklungsverlauf erbracht worden!

Als wesentlich erdnaher und ergiebiger hat sich da schon die EAEC (East Asian Economic Caucus) erwiesen, der von Anfang an nur authentisch asiatische Staaten, d.h. also weder Amerikaner noch Australier oder Neuseeländer angehörten. Nicht zuletzt sorgte hier das Netzwerk der Auslandschinesen, die in den meisten der EAEC-Mitgliedsländern ja wirtschaftlich das Heft in der Hand hielten, für eine wirkungsvolle Bündelung der einzelnen Volkswirtschaften. Es ist also ein personelles Element, das hier für Synergie sorgt. Aus diesem Grunde ist der Zusammenschluß auch keineswegs bei industriellen und Service-Netzwerken stehengeblieben, sondern hat auch andere Bereiche erfaßt und für die Herausbildung von Zusammenschlüssen verschiedenster Kategorien gesorgt, sei es nun für Ökologie-, Frauen- oder Kulturnetzwerke.

Da diese überregionalen Verbindungen freilich in aller Regel von Chinesen beherrscht werden, beginnt sich gegen ihre Dominanz Widerspruch zu regen, dessen weit ausgebreiteter Fächer von zurückhaltender Kritik bis hin zu fundamentalistischen Attacken reicht. Globalisierung, Sinisierung und subregionale Fraktionierung ergeben ein z.T. brisantes Gemisch, dessen Explosivität durch ständige Schlichtung und Konsultationen sowie durch soziale Notwehreinsätze entschärft sein will. Ohne Kleine Politik, d.h. ohne die Einschaltung lokaler Interessenverbände sowie ohne die Mithilfe von Nichtregierungsorganisationen kann die Große Politik hier kaum noch gestaltend wirken. Korporatismus ist damit zum Gebot der Stunde geworden!

1.1.2

Die Sicherheitsfrage

Wie war es i.J. 2050 um Asien *sicherheitspolitisch* bestellt?

1.1.2.1

Nachlassen militärischer Gefahren und Rückgang des militärischen Einflusses

Seit den postkolonialen Umbrüchen zur Mitte des 20. Jahrhunderts haben sich kaum noch größere militärische Zusammenstöße zwischen einzelnen Nationen ereignet. Ursächlich für dieses Ausbleiben von Kriegen (im herkömmlichen Sinn) war allerdings keineswegs die bis heute fortdauernde Präsenz amerikanischer Militärverbände in Asien, deren Verbleib (als Alternative zur japanischen Wiederaufrüstung!) von den meisten Staaten der Region

geradezu erlebt worden war, sondern die Dominanz wirtschaftlicher Kalküle und die Folgewirkung politisch-demokratischer Entwicklungen. Wettbewerb wurde also längst nicht mehr mit Kanonen, sondern mit den Waffen wirtschaftlicher Konkurrenz ausgetragen.

Damit hat sich die Strategie der "umfassenden Verteidigung", die in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts bezeichnenderweise erstmals von Japan praktiziert worden war und die nicht nur mit militärischen, sondern vor allem mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elementen kalkulierte, auf souveräne Weise durchgesetzt. Armeen, die noch im 20. Jahrhundert häufig geputzt oder, wie z.B. im früheren Pakistan, die Staatskasse für militärische Zwecke immer wieder leergeplündert hatten, fanden es mittlerweile "sicherheits"-adäquater, selbst in den Wirtschaftsprozess mit einzusteigen - und mitzuverdienen. Diese Kehrtwendung setzte übrigens ausgerechnet bei den "Volksarmeen" der früheren realsozialistischen Staaten ein und wurde dann von den Militärverbänden aus anderen Teilen Asiens fortgeführt.

Auch die Entstehung und der Aufstieg neuer Mittelklassen in den wohlhabender gewordenen Regionen sorgte dafür, daß jene Vacua, die dem Offizierscorps früher immer wieder Raum für Interventionen gelassen hatten, von der politischen Landkarte verschwunden sind. Das Militär konnte seine "Mittelstands-Ersatz-Funktionen", die es noch im 20. Jahrhundert so souverän ausgeübt hatte, jetzt nur noch durch Mitbeteiligung am Wirtschaftsprozess aufrechterhalten;

Zumeist aber zogen sich die Militärs dorthin zurück, wohin nach überkommenen westlichen - und übrigens auch konfuzianischen - Vorstellungen eine Armee nun einmal gehört, nämlich ins zweite politische Glied. Das chinesische Schriftzeichen für "Militär" (*wu*) setzt sich bezeichnenderweise aus den Elementen "dastehen" und "Speer" zusammen, intendiert also ein "Gewehr bei Fuß!". Zumindest als Staat im Staate hatte das Militär auf dem asiatischen Kontinent bereits in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts ausgedient. Seine Funktion beschränkte sich von da an im wesentlichen auf die Verhinderung und die Bekämpfung von Bürgerkriegen, die zumeist mit fundamentalistischen Bestrebungen Hand in Hand gingen. Tendenziell verlagerte sich das Schwergewicht zunehmend auf die Polizei.

1.1.1.2

Terrorismus und Bürgerkriege

Seit in den Jahren 1989/91 das sozialistische Lager zerfallen und damit die Option einer alternativen Weltordnung verschwunden war, führten soziale Konflikte, die früher noch im Zeichen des Klassenkampfes oder der "nationalen Befreiung" ausgefochten worden waren, zu einer Gemengelage aus zielloser Aggression und Selbstzerstörung, wie sie sich im Zusammenhang mit dem jugoslawischen und dem afghanischen Drama bereits im 20. Jahrhundert auf höchst atavistische Weise angebahnt hatten. Hauptursache dieser Konflikte waren wachsende Niveaunterschiede, die von Jahr zu Jahr zunahmen und für eine Perspektivlosigkeit sowie für ein Gefühl des "Überflüssigseins" sorgten: für Stimmungen also, die dem Mininationalismus und dem Fundamentalismus, ja dem Chiliasmus immer neue Nahrung lieferten.

Angesichts solcher Verunsicherung kam in vielen asiatischen Regionen geradezu Dankbarkeit dafür auf, daß es noch so etwas gab wie konfuzianische Ordnungsversessenheit, die sich in vielen metakonfuzianischen Staaten so wohlthuend bemerkbar machte und die vor allem China zu einer Ordnungsmacht erster Güte werden ließen, und zwar weniger durch waffentechnische Überlegenheit, als vielmehr durch den beruhigenden Einfluß, der von der impanionistischen Außenpolitik Beijings ausging.

1.1.2.3

Das ARF als Feuerwehr

Wenngleich also terroristische Angriffe an der Tagesordnung waren und oft bis an den Rand des Bürgerkriegs führten, kam es doch *zwischen* den einzelnen Staaten kaum noch zu militärischen Auseinandersetzungen: Das Korea-Problem wurde, wie erwähnt, durch friedliche Wiedervereinigung der beiden Staaten gelöst; in Kambodscha hatte sich die Khmer Rouge-Frage bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts durch Selbstauflösung der Rebellen verflüchtigt und selbst im Südchinesischen Meer waren sich die vier am Spratly-Konflikt noch beteiligten Parteien schließlich über eine gemeinsame Nutzung der dort aufgefundenen Öl- und Gasvorräte einig geworden - und hatten damit zu einer Lösung gefunden, die dem langjährigen Status quo Rechnung trug und überdies die Frage der letztendlichen Eigentumsverhältnisse offen ließ.

Bei dieser friedlichen Lösung hatte sich das 1994 auf Initiative von Singapur eingerichtete ARF (ASEAN Regional Forum) als letztlich entscheidende Hilfe erwiesen, zumal bei den von ihm initiierten Besprechungen keiner der Beteiligten Gesicht zu verlieren brauchte und da bei den jährlichen Treffen vielfältige vertrauliche Beziehungen zwischen Politikern hatten aufgebaut werden können, wie sie im Kontext asiatischer Politik nun einmal als Lebenselixier dienen. Schnell entwickelte sich das ARF zu einer Art asiatischer KSZE, wie sie ja bereits im Europa der 80er Jahre zur Feuerwehr geworden war.

1.1.2.4

Wasser- und Öko-Kriege?

Zu Beinahe-Kriegen ist es lediglich um Kashmir und im Umfeld von Wasserversorgungsstreitigkeiten zwischen einigen zentralasiatischen Staaten sowie zwischen Bharat und Bangladesh gekommen; mit dem Zerfall sowohl Indiens als auch Pakistans löste sich jedoch auch das resentimentbelastete Kashmir-Problem in Wohlgefallen auf - Kashmir konnte, wie gesagt, Selbständigkeit erlangen und als eigenständiger Staat der UNO beitreten.

Der Wasserkonflikt zwischen Bharat und Bangladesh, der dadurch entstanden war, daß Indien den Ganges lange Zeit fast leergepumpt hatte, so daß es im Golf von Bengalen durch Eindringen von Meerwasser zu Versalzen in den Flußdeltagebieten und zur Gefährdung der Fischgründe kam, wurde mit Hilfe der UNO geschlichtet, die es verstand, einen gerechteren Schlüssel für die Wasserverteilung festzulegen und die Kontrolle durch glaubhafte ADB- und Weltbanksanktionen zu unterbauen.

Auch die Anliegerstaaten der beiden zentralasiatischen Flüsse Amu Darya und Syr Darya, nämlich Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, waren bei der Auseinandersetzung um das lebenswichtige

Flußwasser immer wieder aneinander geraten - vor allem Kirgistan und Usbekistan beim Wasserverbrauch in der Fergana-Region. Tadschiken und Kirgisen wiederum hatten sich über die Rationierung von Bewässerungsmengen und Turkmenen sowie Usbeken um die Wasserverteilung für verschiedene Bewässerungsprojekte im Amu Darya-Delta gestritten. Durch die Wasserverknappung waren soziale Probleme verstärkt worden, die sich wiederum als Wasser auf die Mühlen des Fundamentalismus erwiesen hatten. Mit der Gefahr fundamentalistischer Reaktionen konfrontiert, fanden die Regierungen dann - unterstützt von der UNO und vor allem der VR China - doch noch zu einer Lösung, die sowohl der Ökologie als auch der Verteilungsgerechtigkeit Rechnung zu tragen versuchte, ohne daß allerdings eine Garantie dafür gegeben wäre, daß die Natur den steigenden Wasserverbrauch auf die Dauer decken kann. Militärische Konflikte sind nach alledem zwar aufgeschoben, keineswegs jedoch aufgehoben.

Verglichen mit den Verhältnissen noch im 20. Jahrhundert ist es zwischen China und Japan sowie zwischen China und Rußland im 21. Jahrhundert erstaunlich ruhig geblieben. Hier machte es sich wohlthuend bemerkbar, daß China und Rußland - nach "weltrevolutionären Zwischenspielen" - wieder zur Rolle von Status quo-Mächten zurückgekehrt, und daß auch Japan - weitab von seinen imperialistischen Ambitionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - an seinem "umfassenden" Sicherheitsbegriff festgehalten hat.

Regional bedeutsam war die Entstehung mehrerer atomwaffenfreier Zonen, nämlich sowohl im Bereich Südostasien (entsprechende Vereinbarungen wurden erstmals 1995 zwischen sieben Mitgliedsstaaten unter der Bezeichnung SEANWFZ (South East Asian Nuclear Weapon Free Zone) unterzeichnet), als auch im Himalayabereich. Im übrigen Südasien, vor allem auf den Territorien der früheren Staaten Pakistan und Indien, konnte es, allen Planungen und internationalen Empfehlungen zum Trotz, zu solchen Vereinbarungen dagegen nicht kommen, weil die beiden Staaten und ihre Nachfolger Atomwaffenbesitzer geblieben waren - und sind.

1.2 Die Wirtschaft als A und O

1.2.1 China als führende Weltwirtschaftsmacht

Im Jahre 2015 hatte sich wirtschaftsgeschichtlich ein grundlegender Wandel angebahnt, insofern die bis dahin größte Volkswirtschaft der Welt, nämlich die USA, von der VR China überrundet wurde, gemessen zumindest nach der Gesamtsumme des Bruttoinlandsprodukts, berechnet auf der Basis von Kaufkraftparitäten (PPP).

Schon 5 Jahre später hatte sich dieses Verhältnis ein weiteres Mal kräftig verschoben. Räumt man den USA den Index 100 ein, so lag die VR China zu dieser Zeit bereits bei 140 Punkten, Japan bei rund 43 Punkten und das damals noch bestehende Indien bei 25 Punkten - gefolgt von Indonesien (24) und Deutschland (22) Punkte. Auf den Plätzen 7, 8 und 10 folgten drei weitere asiatische Staaten, nämlich Südkorea (19), Thailand (15) und Taiwan (14). Auf Platz 9 stand Frankreich, auf den Plätzen 11, 12, 13, 14 und 15 schlossen Italien, Rußland, Großbritannien, Brasilien und Mexiko an.

Im Jahre 2050 hatte China die USA abermals ein Stück weiter hinter sich gelassen und verfügte jetzt über ein BIP, das mehr als doppelt so groß war wie das der Vereinigten Staaten. Da China mittlerweile allerdings auf 1,8 Mrd. Menschen angewachsen ist, bleibt sein BIP pro Kopf immer noch höchst bescheiden - und hinkt übrigens nach wie vor weit zurück hinter demjenigen Japans oder Singapurs. Gäbe es noch die Indische Union, so wäre China mit seiner Bevölkerungszahl mittlerweile auf Platz 2 zurückgefallen. Infolge der indischen Teilung hat es aber nach wie vor den undankbaren Platz Nr.1 behalten.

China ist inzwischen auch der weltweit größte Exporteur und Importeur und einer der Hauptproduzenten und Verbraucher der weltweit erzeugten Güter und Dienstleistungen.

Die Volksrepublik gehört darüber hinaus zu den Giganten in der Finanzwelt, wobei Hongkong als Metropole des südchinesischen Perflußdeltas an die erste Stelle unter den Finanzplätzen der Welt gerückt ist. Die Börsen von Hongkong und Shenzhen haben sich überdies zu Hauptanlaufpunkten für Millionen von Auslandschinesen und für Tausende von multinationalen chinesischen Firmen entwickelt. Spitzenpositionen hat das Land auch im Bereich des Versicherungswesens und weiterer Dienstleistungen erringen können.

Shanghai hat Hongkong zwar seit langem als Produktionsplatz und als Dienstleistungszentrale, nicht jedoch als Hauptfinanzplatz überrunden können. Neben der Nr.1, Hongkong, und der Nr.2, Shanghai, gibt es noch rund ein Dutzend weiterer führender Finanzplätze, von denen jeder sein Hinterland entsprechend den geographischen Bedingungen und den historischen Traditionen bedient.

Auch auf dem Gebiet der Forschung hat sich China auf führende Positionen vorschoben und mehrere Nobelpreise gewinnen können. Raumfahrt, Maschinenbau, Medizinwesen, Halbleiter- und Lasertechnologie - auf jedem dieser Gebiete leistet das "Reich der Mitte" führende Beiträge. Gezwungenermaßen hat das Land auch eine Vorreiterstellung in der Umweltforschung übernommen, sei es nun bei der Herstellung sauberer Energien, bei der Wiederverwendung von Rohmaterialien sowie bei der schonenden Verwendung von Naturrohstoffen, wobei viele Erkenntnisse, die in den vorangegangenen 2000 Jahren zusammengekommen waren, in neuem Licht verwertet werden konnten.

Gleichwohl gibt es beim Umweltschutz sowohl in China als auch im übrigen Asien noch dramatischen Nachholbedarf. Die bereits im 20. Jahrhundert vergifteten Flüsse sind auch nach einem halben Jahrhundert nicht wieder blau, und die damals versteppten Grasflächen längst nicht wieder grün geworden.

1.2.2 Infrastrukturelle Entwicklungen

In sämtlichen Großstädten sind öffentliche Massentransportmittel, meist in Form von U- und S-Bahnen, selbstverständlich geworden, und zwar nicht nur in den Zehnmillionenstädten von Beijing, Shanghai und Guangzhou, sondern auch in Chengdu und Shijiazhuang (ungefähr 9 Mio.), Changsha, Fuzhou, Zhengzhou oder Wuhan (mit jew. rd. 6 Mio. Einwohnern). All diese Städte sind größer als Berlin oder Paris.

Auch im Bereich des Überlandverkehrs haben längst neue Lösungen Einzug gehalten: Transrapid-Strecken verbinden küstennahe Städte wie Hongkong, Shanghai, Qingdao und Beijing miteinander, wobei etwa die 1.500-km-Strecke von Shanghai nach Hongkong in rund fünf Stunden zurückgelegt wird.

Überraschend langsam geht es andererseits mit dem Projekt der "Eurasischen Landbrücke" voran, das mehrere - z.T. noch auf Reißbrettern liegende - Straßen und Eisenbahnlinien umfaßt, nämlich die "Linie A", die identisch ist mit der alten über russisches und mongolisches Gebiet verlaufenden "Transsibirischen Eisenbahn", ferner eine "Linie B", die im wesentlichen dem Verlauf der alten Seidenstraße folgt, also durch Nordwestchina, den Iran und die Türkei führt, sowie nicht zuletzt "Linie C", die, von Südostasien (Vietnam, Kambodscha, Singapur, Thailand und Birma) herkommend, nordindisches Gebiet durchquert und im afghanischen Herat auf Linie B trifft.

Obwohl in den seit 1991 zu staatlicher Autonomie gelangten zentralasiatischen Staaten kräftige Anbindungsnachfrage besteht, läßt die Verwirklichung der "Landbrücke" in Teilen immer noch auf sich warten. Die Gründe dafür sind verkehrstechnischer, finanzieller und sicherheitspolitischer Natur. Angesichts der beträchtlichen Finanzmittel, die erforderlich wären, um ein wirklich modernes Streckennetz zu schaffen, begnügen sich die zentralasiatischen Staaten mit der Nachbesserung vorhandener Verbindungen. Darüber hinaus würden aber die Linien B und C - einmal fertig ausgebaut - durch Pulverfaßgebiete führen, nämlich durch ein nach seinem Zerfall immer noch unruhiges "Pakistan", durch einen nach wie vor fundamentalistischen Iran und vorbei an Regionen, die seit Jahrzehnten von politischen Erdbeben heimgesucht werden, sei es nun Tadschikistan oder - 2.000 km weiter westlich - Aserbaidschan und Armenien.

Bei der Energieversorgung hatte sich noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer dringender die Frage gestellt, woher all der elektrische Strom kommen soll, der bei der Umstellung auf Elektroautos, auf Hochleistungsschnellzüge sowie bei der Verwendung vieler Millionen von Klimaanlage, Kühlschränken und Haushaltsgeräten nötig wird. Die Erschließung neuer Energiequellen, die mit der technischen Beherrschung der Kernschmelztechnik einherging, hat hier im richtigen Augenblick Abhilfe geschaffen. Allerdings hat die Elektrizitätsversorgung einstweilen noch auf zwei Beinen zu gehen - dem der neuen und dem der alten Technik. Die Stromlieferungen beispielsweise aus Laos sind also noch lange nicht überflüssig.

1.2.3

Soziale Hypothesen

1.2.3.1

BIP-Gefällestufen

Da sich die seit dem 19. Jahrhundert entstandenen Gefällestufen zwischen Küsten- und Hinterlandsprovinzen nach wie vor kaum abgeflacht haben, ist der Lebensstandard in zahlreichen chinesischen Küstenregionen, angefangen von Hongkong über Xiamen, Shanghai und Tianjin bis hinauf nach Dalian zwar fast genauso hoch wie derjenige in Nordamerika oder Westeuropa, im Hinterland aber gibt es nach wie vor Armutregionen. Zwar hat sich die Zentral-

regierung immer wieder um eine Abmilderung dieser Kontraste bemüht; doch war sie politisch nicht stark und wirtschaftlich nicht potent genug, um sich gegen den Egoismus der Küstenregionen durchzusetzen und eine wirklich tragfähige Umverteilung herbeizuführen. In vielen Amtsstuben sind Klagen darüber zu hören, daß der Bürokratie leider längst die Fähigkeit abhandengekommen sei, über China ähnlich schalten und walten zu können wie noch in jenen sagenhaften ersten zwei Jahrzehnten der Volksrepublik, als Mao Zedong, sein KPCh-Apparat und die VBA das Land souverän im Griff hatten und fast mühelos jede zentrale Weisung hatten durchsetzen können. Seit dem Beginn der Reformen in den späten 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, vor allem aber um die Wende zum 21. Jahrhundert hätten sich überall bürokratiefeindliche Autonomisierungsbewegungen durchsetzen können, und zwar in gleich dreifacher Hinsicht, nämlich bei den Betrieben, bei den Regionen und nicht zuletzt bei der wohlhabenderen Einwohnerschaft, die mittelständische Interessenbündnisse mit hochgradigem Durchsetzungsvermögen habe errichten können.

Anders als noch vor 100 Jahren lassen sich in der Tat von Beijing aus keine schlichten Befehle mehr erteilen, die von oben nach unten glatt durchgingen und dort gehorsam umgesetzt würden. Statt dessen hat sich die Zentralregierung darauf zu beschränken, Rahmenrichtlinien vorzugeben und über deren Einhaltung zu wachen, sei es nun mit den wenigen noch verbliebenen administrativen Kontrollmitteln oder aber - besser noch - durch ständige Verhandlungen und durch die Einschaltung von Mittelsmännern, auf deren Loyalität und lokale Durchsetzungsfähigkeit die Zentrale vertrauen kann. Wer China beherrschen will, ist mehr noch als früher gut beraten, vor allem die Klaviatur der persönlichen Beziehungen zu beherrschen. Regieren läuft damit wieder einmal in erster Linie auf reibungsloses Kommunizieren sowie auf Anleiten durch gutes Vorbild hinaus: alte konfuzianische Empfehlungen beginnen hier m.a.W. schnell wieder an Plausibilität zu gewinnen!

Kopfzerbrechen bereitet das immer steiler werdende Gefälle zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften und Regionen: Während China mit seinem Gesamt-BIP nicht nur in Asien, sondern weltweit an die Spitze gerückt ist, bilden Länder wie Laos, Kambodscha, Nepal und Bhutan die Schlußlichter - zumindest in Asien. Rechnet man das BIP auf Pro-Kopf-Werte um, so stehen an der Spitze keineswegs die Chinesen, sondern, wie erwähnt, nach wie vor Staaten, die auch im 20. Jahrhundert schon dort gewesen waren, allen voran Japan und Singapur sowie - innerhalb der großen Volkswirtschaften - einige besonders herausragende Regionen, die nun wiederum meist chinesischer Provenienz sind, wie Shanghai, Hongkong/Guangzhou oder Beijing/Tianjin. Der Vergleich zwischen diesen nach BIP führenden Spitzenreitern und den genannten vier Schlußlichtern zeigt, wie hoffnungslos sich "Asien" wirtschaftlich auseinanderentwickelt hat. In Europa gibt es keine vergleichbaren Abstände, ob man nun ganze Volkswirtschaften oder lediglich Regionen zueinander in Bezug setzt.

1.2.3.2

HDI-Gräben

Steil hat sich das Gefälle aber auch nach HDI (Human Development Index)-Maßstäben entwickelt. Dies zeigen Vergleiche mit den postindustriellen Gesellschaften des We-

stens. Liegt die Lebenserwartung dort bei 84 Jahren, so beläuft sie sich in Südasiens auf 70, in Ostasien auf 78 und in Südostasien auf 73, in den LDC (am wenigsten entwickelten)-Ländern hingegen auf kaum 50 Jahre. Was die Ausbildung anbelangt, so haben die Nachzügler mittlerweile beträchtlich aufgeholt. Lag die Zahl der Analphabeten am Ende des 20. Jahrhunderts (1996) in Südasiens noch bei 52%, in Ostasien bei 19% und in Südostasien bei 14%, so ist sie mittlerweile auf Werte zurückgegangen, wie sie früher nur die westlichen Industrieländer hatten verzeichnen können, nämlich auf 2-3%. Vor allem das Fernsehen hat für die Verbreitung eines Alphabetisierungsbewußtseins gesorgt, das sich z.T. auch in Selbsthilfebewegungen niederschlug.

Selbsthilfebewegungen, die mehr und mehr von "Nichtregierungsorganisationen" (NROen) getragen wurden, haben auch im sozialen Bereich zunehmend die Initiative ergriffen, sei es nun bei der Einrichtung von Gesundheitsdiensten, bei der Sicherstellung von sauberem Wasser, bei der Slumsanierung und beim Zugang zu Kommunikationskanälen.

Gleichwohl gibt es immer noch viele Engpässe, vor allem in jenen Ländern, die beim wirtschaftlichen Wettbewerb nicht mithalten können, sei es nun in den Himalayastaaten, auf den überbevölkerten Malediven, in einigen küstenfernen Provinzen Chinas oder in den bäuerlich gebliebenen konservativen Landstrichen Indiens-Bharats, vor allem in Bihar und Uttar Pradesh, nicht zu vergessen auch in Bangladesch, das angesichts der Sedimentierung des Ganges vor allem in der Monsunzeit immer häufiger Opfer von Überschwemmungen und Taifunkatastrophen wird und damit an den Rand der Unbewohnbarkeit gerät, zumal die Bevölkerung immer noch stürmisch weiterwächst.

1.2.3.3

Bevölkerungsexplosion, Völkerwanderung und Urbanisierung

Überhaupt erweist sich die Bevölkerungsexplosion als weitertickende Zeitbombe vor allem in den ärmeren Ländern. Während in wohlhabenden Gebieten wie Singapur, Korea (Süd) oder Japan kaum noch Bevölkerungswachstum zu verzeichnen war, hat sich die Einwohnerschaft der meisten Staaten Asiens während der sechs Jahrzehnte zwischen 1993 und 2050 häufig mehr als verzweifacht, so z.B. in Malaysia, wo die Verdoppelung bereits im Jahre 2025 eingetreten war, in Sri Lanka und auf den Philippinen (bereits 2027), in Indonesien, Vietnam und in den beiden Teilen Indiens. In Nepal, Kambodscha, Laos, Bangladesch, Birma, Malediven und auf dem Gebiet des früheren Pakistan ist es seit 1993 sogar zu einer Verdreifachung gekommen. In China andererseits scheint das Bevölkerungswachstum bei 1,8 Mrd. Einwohnern zum Stillstand gekommen zu sein; trotz zahlreicher Fehlschläge hat sich die seit Beginn der nachmaoistischen Reformkurses eingeleitete Familienplanungspolitik also doch noch als Erfolg erwiesen!

Tendenzen, die sich bereits gegen Ende des 20. Jahrhunderts angedeutet hatten, nämlich der schnelle Aufstieg "Ostasiens", die etwas langsamere Erfolgskurve Südostasiens und das Zurückfallen der meisten südasiatischen Staaten haben sich damit bestätigt, ja sogar neue Gefälle entstehen lassen. Längst gibt es damit - zumindest in Asien - keine geschlossene Dritte Welt mehr. Vielmehr hat sich

ein halbes Dutzend von wirtschaftlich verschiedenen Welten herausgebildet, wobei sich das Gefälle nicht mehr nach Nationen und Volkswirtschaften, sondern, den neuen Entwicklungsdifferenzierungen entsprechend, eher nach Regionen bestimmt: Wohlhabend als Gesamtnationen wären in diesem Kontext nur noch Japan und Singapur, während ansonsten eher Regionen angeführt werden sollten - allen voran das südchinesische Fünfeck Hongkong-Guangzhou-Fuzhou-Shanghai und Taibei, aber auch die Großräume von Shandong, Tianjin und Dongbei, von Bangkok und Chiangmai, von Manila, von Kuala Lumpur-Johore, von Ho-Chi-Minh-Stadt und Hanoi/Haiphong, von Bombay und nicht zuletzt von Pusan und Seoul.

Angesichts der Dominanz von Regionen haben nicht nur die Zentralregierungen an Steuerungsvermögen eingebüßt, sondern ist auch das Sozialgefälle steiler geworden. Während die wohlhabenden Regionen ihre Gesundheits-, Ausbildungs-, Wasserversorgungs- und Umweltschutzprobleme weitgehend in den Griff bekommen haben (die Wasserversorgung im "trockenen" Nordchina konnte beispielsweise durch Umleitung von Südwasser nach Norden (*nanshui beidiao*) gelöst werden), machen sich in den benachteiligten Regionen, vor allem aber in den Rückstandsgebieten ohnehin armer Länder wie Bangladeschs, Bharats, Dravidiens, Nepals, Punjabs, Sinths und Nord-Birmas sowie in den unter Wassermangel leidenden Gebieten Zentralasiens kritische Engpässe bemerkbar. Die NROen können hier zwar da und dort Lücken füllen, und auch die weiterhin gewährte Entwicklungshilfe Japans, Chinas und der westlichen Welt bringt Linderung. Im übrigen aber herrschen Armut und Ratlosigkeit. Der Stand der "menschlichen Entwicklung" wurde vom UNDP seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts nach drei Meßwerten ermittelt, nämlich nach Lebenserwartung, Bildungsstand und Einkommen. Mit Hilfe entwicklungspolitischer Maßnahmen und mit NRO-Einsätzen konnte, wie erwähnt, zwar das Bildungsniveau beträchtlich angehoben werden, das Einkommen jedoch geht in den Armutsregionen tendenziell zurück - und auch die Lebenserwartung hat sich dort seit Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr wesentlich erhöht, obwohl die Säuglingssterblichkeit reduziert und immer wieder Impfprogramme durchgezogen werden konnten.

In dieser Situation gab es für die Bevölkerung nur drei Möglichkeiten, nämlich zu vegetieren, zu emigrieren oder zu revoltieren.

In Großregionen wie Uttar Pradesh, Bihar, Gansu oder Guizhou, wo seit Jahrhunderten bäuerliche Stabilitätsmuster vorherrschen, blieb die Bevölkerung zumeist an Ort und Stelle, wobei es zu Spannungszuständen und immer wieder auch zu Entladungen kam, die jedoch mit punktuellen Sozialhilfemaßnahmen sowie unter Einsatz von Militär meist bald wieder bereinigt werden konnten.

In den kleinflächigeren sowie in den meeresnahen Gebieten haben jedoch schon vor der Jahrhundertwende gewaltige Landfluchtbewegungen eingesetzt, die sich auf chinesischem Gebiet in einer millionenfachen "blinden" (*mangliu*) Wanderung zur Küste hin entluden und die - gesamtasiatisch gesehen - im wesentlichen von West nach Ost verliefen, wobei die japanischen, die südostchinesischen und die südostasiatischen Hochwachstumsregionen

als Zielpunkte dienten. In den 30er Jahren kam es hier jedoch zu einer systematischen Abschottungspolitik, die allerdings immer wieder unterlaufen wurde, vor allem mit Hilfe von Triaden, Yakusa und anderen kriminellen Organisationen, die den Schleuserbetrieb längst als ergiebige Einnahmequelle entdeckt haben, die in ihrem verbrecherischen Tun z.T. sogar bei Mitgliedern der unterbezahlten Bürokratie Unterstützung fanden und die angesichts der Gewinnträchtigkeit des "Menschenhandels" mittlerweile zu raumübergreifenden Netzwerken ausgewachsen sind.

Sowohl infolge dieses Zustroms als auch wegen des raschen Geburtenzuwachses, ist es seit den 20er Jahren zu einem explosionsartigen Verstädterungsprozeß gekommen. Diese Entwicklung war schon im Jahre 2000 zutagegetreten, und zwar in einigen Ländern mit besonderer wirtschaftlicher Dynamik: Das südliche Korea beispielsweise hatte sich damals bereits zu 86% verstädtert, Malaysia zu 58%, die Philippinen zu 59% und die Mongolei zu 64%.

Lediglich Thailand (22%), Sri Lanka (24%), China (35%), Vietnam (22%), Laos (25%), Kambodscha (24%) sowie das damalige Indien (29%) hatten sich noch ein ländliches - z.T. sogar bäuerliches - Profil bewahrt, das jedoch im Lauf der nachfolgenden 50 Jahre ebenfalls schnell an Konturen zu verlieren begann: Dies zeigte sich im Falle der VR China besonders deutlich anhand der in den 80er Jahren eingeleiteten "Kleinstadt"-Bewegung, die vor allem dadurch ins Rollen kam, daß immer mehr Bauern industrielle und dienstleistungserische Nebenberufe übernahmen, mit denen sie zuguterletzt den Löwenanteil ihres Einkommens bestritten. "Rein landwirtschaftliche" Betriebe hatten in China noch bis zur Jahrtausendwende die meisten Arbeitskräfte beschäftigt; so war z.B. das Verhältnis zwischen Beschäftigten in der Landwirtschaft, in der Industrie und bei den Dienstleistungen i.J. 1990 bei 72:15:13 gelegen.¹ Schon wenige Jahre später jedoch hatte die "Sekundarisierung" und "Tertiärisierung" des Bauernhofs wie ein Flächenbrand um sich gegriffen und die Zuordnung der Arbeit zu einer der drei Kategorien immer diffuser werden lassen. Schon im Dezember 1984 war eine Staatsratsrichtlinie ergangen, derzufolge Ortschaften (*zhen* oder *jizhen*), in denen über 10% der Gesamtbevölkerung nicht landwirtschaftlich tätig waren, zu "Marktgemeinden" (*zhen*) erhoben werden sollten.² Damit hatte die "Umwidmung" von Dörfern in Städte begonnen - ein Prozeß, der sich immer mehr beschleunigte und schließlich auch von anderen Ländern nachgeahmt wurde.

Kein Wunder, daß bereits im Jahre 2020 über 50% der Chinesen zu "Stadtbewohnern" geworden waren. Bezeichnenderweise kam es aber in den ostasiatischen Metropolen weitaus seltener zu Verslumungs-Erscheinungen als in Südostasien (Manila, Bangkok!) oder gar in Südasien. Obwohl viele chinesische oder vietnamesische "Vorstädte" auf den ersten Blick einen höchst ärmlichen und improvisierten Anblick bieten, stellt sich bei näherem Hinsehen doch schnell heraus, daß die Bewohner sich sozial bereits integriert haben.

Mit der Verstädterung wurden die asiatischen Gesellschaften von vielen jener Probleme eingeholt, die sich im Westen bereits während des 19. Jahrhunderts angebahnt hatten, nämlich der Reduzierung der Familie auf einen Kernbestand von vier bis fünf Personen, bei den wohlhabende-

ren Städtern auch von der Ausdifferenzierung des Lebensstils, von wachsender Anonymität und den Versuchen, neue Formen der Öffentlichkeit herzustellen, vom Aufstieg neuer gesellschaftlicher Schichten, der einerseits Mittelschichten aufkommen ließ, andererseits aber auch Proletarisierungserscheinungen nach sich zog, nicht zuletzt aber von den Schattenseiten der Urbanisierung, sei es nun von steigender Jugendkriminalität und Drogensucht, oder aber von Pornographie. Auch Ansteckungs- und Allergiekrankheiten begannen sich schnell auszubreiten - bis hin zu Seuchen, die durch verunreinigtes Wasser oder durch kontaminierte Lebensmittel verursacht waren.

Der steigende Energieverbrauch hatte sich in den 20er Jahren auf katastrophale Engpässe zubewegt; doch kam es dann in den 30er Jahren zu einer schnellen Entspannung, und zwar durch die Indienstellung neuer Energieträger, die vor allem der Kernfusionstechnik zu verdanken waren.

1.2.3.4

Verteilungs- und Versorgungsengpässe

Obwohl China bereits 1995 zum größten Empfänger ausländischer Investitionen geworden war - und diese führende Position seitdem nie mehr hat abgeben müssen - und obwohl sich die Effizienz der eigenen Industrie, vor allem aber der Dienstleistungswirtschaft beträchtlich gesteigert hat, gibt es immer noch beträchtliche soziale Defizite, angefangen von hoher Arbeitslosigkeit, die nach wie vor rund 200 Mio. Menschen betrifft, über unzureichende Altersversorgung bis hin zu einer erheblichen Fluktuation zwischen Küste und Hinterland, die sowohl den Küstenstädten als auch den überregionalen Verkehrsmitteln harte Proben auferlegt.

Besonderes Kopfzerbrechen bereitet neuerdings auch die Betreuung der Alten, deren Lebenszeit in Ostasien mittlerweile auf 78, in Südostasien auf 73 Jahre angestiegen ist. Noch bis vor wenigen Jahren hatte Japans Bevölkerung die höchste Lebenserwartung; nunmehr ist der Stab an China übergegangen. Was in der Tradition als höchstes Glück empfunden wurde, nämlich *changshou* ("langes Leben") hat sich angesichts von 300 bis 400 Mio. Senioren zu einem Alptraum entwickelt.

Immerhin hat sich beim chinesischen Rentensystem leichte Entspannung eingestellt, insofern nämlich die erstmals 1986 eingeführten übertrieblichen Arbeitslosen- und Altersversorgungs-Versicherungen um die Jahrtausendwende herum funktionsfähig geworden waren, so daß sich die Alten, wenn sie sich in den Ruhestand zurückzogen, nicht mehr auf den Beistand ihrer Kinder oder Verwandten angewiesen waren, sondern auf überfamiliäre und überbetriebliche Versicherungsleistungen zurückgreifen konnten. Freilich führten die hohen Arbeitslosenzahlen und die Inanspruchnahme der Versicherungsfonds für zahlreiche versicherungsfremde Lasten dazu, daß immer wieder Engpässe eintraten. Alternativen begannen sich hier bei den millionenfach abgeschlossenen privaten Lebensversicherungen zu eröffnen, die anfänglich zwar noch auf ideologische Bedenken gestoßen waren, die inzwischen aber zu den solidesten Ruhepolstern gehören, zumal der Yuan seine Kinderkrankheiten, vor allem seine anfängliche Inflationsanfälligkeit, längst abgelegt hat, mit zu den international stabilsten Währungen gehört und übrigens auch seit 2010 frei konvertibel ist.

Mit 20% der Weltbevölkerung und einem Ackerbauareal, das pro Kopf weit unter dem Weltdurchschnitt liegt, kann China seine Ernährung aus eigener Kraft längst nicht mehr bestreiten, sondern ist auf Importe angewiesen. Schon aus diesem Grund übrigens kann sich die Volksrepublik keine außenpolitischen Eskapaden leisten, sondern muß sich friedlich in ihre Umgebung einfügen.

1.2.4

Ökologische Schäden

Ein Übel allerdings, das trotz zahlreicher technologischer Innovationen offensichtlich nicht in den Griff zu bekommen war, blieb die Verschlechterung der Umwelt. Der Hauptverursacher katastrophaler Luftverschmutzung, nämlich das benzin- oder dieselgetriebene Kfz, ist in den 30er Jahren zwar bereits durch elektrogetriebene Fahrzeuge aus den Städten verdrängt worden, vor allem aus Bangkok, Manila, Jakarta, Taipei und Seoul. Nicht zu bremsen war jedoch ein anderer Verschmutzungsmotor, nämlich der Bauboom, der die Abrißbirnen und die Preßluftschlämmer ständig in Betrieb hielt und dafür sorgte, daß die Luft voll von Schwebstoffen blieb. Auch Düngemittel- und Zementwerke sowie Papier- und Textilfabriken trugen weiterhin zur Luftverpestung bei. Immerhin waren die gewaltigen Schwefel- und Monoxid-"Drachen", die noch in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts den Himmel über China verpestet hatten, in der Zwischenzeit verschwunden. Die neuen Energieträger versprechen zu Grundlagen für eine neue Lebensqualität zu werden; doch wirken die Umweltsünden des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts mit ihrer Verzögerungsdauer von rund 30-40 Jahren immer noch nach und sorgen für sauren Regen sowie für hohen Ozongehalt der Luft.

"Grüne Bewegungen" melden sich mittlerweile in ganz Asien zu Wort; mit keiner anderen Art von Organisation haben die immer noch "fortschritts"-versessenen Regierungen auch nur annähernd so viele Schwierigkeiten - aber auch so viele Kooperationschancen - wie mit den Umweltschützern, die bisweilen als politische Parteien, zumeist aber als Nichtregierungsorganisationen auftreten - und mahnen darauf hinweisen, daß nicht alles umgesetzt werden dürfe, was technisch machbar sei. Unterstützung erhalten die "Grünen" von den Handelskammern, die befürchten müssen, daß weitere Umweltschädigungen potentielle Investoren verschrecken könnten. Ohnehin ist der Kapitaltransfer vor allem aus dem Westen seit langem zu einem Rinnsal geworden: Nur noch die älteren Asiaten erinnern sich an die sturzartigen Kapital- und Technologiezuflüsse, die viele ost- und südostasiatische Volkswirtschaften noch um die Jahrtausendwende herum zum Blühen gebracht hatten.

Angesichts der rasch steigenden Löhne und Lohnnebenkostenbelastungen hatten die leistungsfähigsten asiatischen Volkswirtschaften schon in den 20er Jahren ihre Kostenvorteile verloren, ohne gleichzeitig an Innovationskraft hinzugewonnen zu haben.

Das Wachstum, für dessen (vor allem qualitative) Erfassung sich bis auf den heutigen Tag noch keine befriedigenden Kategorien finden lassen, das mittlerweile aber eher in HDI- als in BIP-Kriterien gemessen wird, hat seinen einst so stürmischen Pfad verlassen und bewegt sich längst in jenen bescheideneren Dimensionen, an die sich westliche Industrieländer und Japan schon gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatten gewöhnen müssen.

Bescheiden blieb das Wachstum nicht zuletzt auch wegen der Umweltkosten, die schon seit der Jahrtausendwende zunehmend auf die volkswirtschaftlichen Gewinne gedrückt hatten. Vor allem die unaufschiebbar gewordene Renaturierung von Flußläufen, die Wiederaufforstung ganzer Gebirgslandschaften, der Einbau von Filteranlagen und die Dekontaminierung von Gewässern und Böden begannen immer größere Summen zu verschlingen und sich zunehmend auf die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung niederzuschlagen. Regierungen und Konzerne mußten spätestens jetzt einsehen, wie töricht es gewesen war, im Zeichen der "Flegeljahre des Frühkapitalismus" nicht auf Nachhaltigkeit geachtet, sondern Wachstum durch Umweltdumping erkaufte zu haben.

Vor allem das Mekongbecken hat durch die ökologisch so wenig einfühlsame Dammbaupolitik der frühen Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts irreversible Schäden erlitten. Bedingt durch zahlreiche Wasserableitungen bereits in der chinesischen Provinz Yunnan, aber auch durch Aufstauungen an den laotischen Nebenflüssen des Mekong war das jahrtausendealte saisonale Abflußverhalten des Flußsystems elementar in Mitleidenschaft gezogen worden. Da die Zuflußmenge im Mündungsgebiet des Mekong bereits um 2015 unter die erforderlichen Pegel gefallen war, hatte Meerwasser in das Geäder der Deltazufüsse hochziehen können - und die dortige Reiskammer Vietnams versalzt.

Aus den gleichen Gründen war es seit damals in Zentralkambodscha auch nicht mehr zu der früher im Spätherbst jeden Jahres üblichen "Umkehr" des Tonlefflusses gekommen, so daß das Rückstaugebiet um den "Großen See" herum zum Teil austrocknete; damit aber hatte man die für Zentralkambodscha so typische - und lebenswichtige - "ichthyliche Kultur" zum Aussterben verurteilt.

1.3

Innenpolitische Entwicklungen

Im Bereich der Innenpolitik haben sich auf der asiatischen Landkarte vor allem zwei Entwicklungslinien besonders holzschnittartig eingekerbt:

1.3.1

Selbsthilfe und Kleine Politik lassen Kabinette, Militärs und Große Politik verblassen

Erstens einmal sind die einst so dominierenden Regierungen und Bürokratien immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden und haben Selbsthilfekräften der Basis Platz machen müssen, die in gleich dreifacher Gestalt hervortraten, nämlich als Nichtregierungsorganisationen (NROen), als Klientelgruppierungen sowie nicht zuletzt auch in der altvertrauten Form von Untergrundbewegungen vielfältigster Couleur. NROen nehmen in diesem neuen "arbeitsteiligen" Prozeß eher Gesamt-, Klientelgruppierungen dagegen Partikularinteressen, Untergrundbewegungen aber beides - und zwar notfalls unter Einsatz illegaler Mittel, ja von Gewalt - wahr.

Nationale Volkskongresse, Ministerpräsidenten, Kabinette und Bürokratien spielen nur noch eine marginale Rolle: verblieben sind ihnen - wie schon im traditionellen Asien - vor allem die Außenpolitik, das Militärwesen, die Gesetzgebung und die Festlegung gesamtwirtschaftlicher Ordnungsrahmen. Das Filigran der - ihrem Charakter nach eher neuzeitlichen - Sozial- und Umweltaufgaben ist dage-

gen zum Großteil auf die NROen übergegangen. Dieser Funke hatte sich erstmals in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts auf den Philippinen entzündet, und zwar nicht zufällig bei den dortigen katholischen "Untergrundgemeinden", war von dort aus auf weite Teile Südostasiens übergesprungen und hatte schließlich auch die VR China erfaßt, die den NROen anfangs noch mit Mißtrauen begegnet war und die der ersten NRO, nämlich dem "Bund der Naturfreunde" erst 1995 grünes Licht erteilt hatte. Kaum aber war dieser Durchbruch geschafft, begannen in Kettenreaktionen unzählige weitere NROen aufzutauchen und sich all jener Aufgaben anzunehmen, für deren Lösung die Bürokratie längst viel zu schwerfällig geworden war.

Dem basisdemokratischen Ansturm erlagen auch die Reste jener Militärregime, die noch in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts (nämlich in Südkorea, in Indonesien, in Kambodscha, in Birma, in Bangladesch, in Pakistan und sogar in Thailand) an der Tagesordnung gewesen waren, die inzwischen aber einer psychologisch unendlich fernen Geschichtsperiode anzugehören scheinen. Die Lösung von innenpolitischen Problemen mit "militärischen Mitteln", wie sie 1988 in Birma oder 1989 in China versucht worden war, kommt schon wegen der immer kritischer - und einflußreicher - gewordenen Weltmeinung nicht mehr in Frage. Vor allem aber verbietet heutzutage die zum politischen Schwergewicht gewordene Basis ein solches Vorgehen: da sind einmal die an allen Ecken und Enden intervenierenden Selbsthilfkräfte/NROen, zweitens die sich als Klientel einbringenden Mitglieder der neuen mittelständischen Internationale und nicht zuletzt die "breiten Massen", die schon seit langem als Wähler umworben sein wollen. Immerhin konnten bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts die Einwohner von 13 asiatischen Staaten ihren Willen an den Wahlurnen bekunden, nämlich in Bangladesch, Indien, Japan, Kambodscha, Malaysia, Nepal, Pakistan, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Taiwan und Thailand.

Zwar gibt es in einigen Ländern immer noch Parteien mit Ausschließlichkeitscharakter, z.B. die People's Action Party in Singapur, die KPCh in China oder die KPV in Vietnam; offensichtlich hängt diese Ausrichtung - und vor allem ihre Billigung durch die Bevölkerung - eher mit der (langfristig nachwirkenden, weil jahrhundertlang internalisierten) konfuzianischen Ein-Parteien-Tradition als mit kurzfristig rezipierten leninistischen Gepflogenheiten zusammen. Wie sollte man sich sonst nämlich die Ein-Parteien-Herrschaft der LDP erklären, die de facto seit Jahrzehnten in Japan den Ton angibt? Zwar wurde die LDP-Dominanz einige Male kurzzeitig unterbrochen; doch haben solche "Interregna" die Ein-Parteien-Regel eher bestätigt als in Frage gestellt.

All diesen institutionellen Strukturen zum Trotz sind es in den meisten Staaten aber letztlich eher Personalbeziehungen und informelle Mechanismen geblieben, mit deren Hilfe Stabilität und marktwirtschaftliche Ordnung gewahrt werden konnte. Sogar Regierungen und Bürokratie formieren sich im Zweifel lieber nach informellen Gesichtspunkten, sei es nun in der chinesischen Form der *guanxiwang* (Beziehungsnetze), der vietnamesischen *nhung cai o* ("Schirme"), der philippinischen "cronies" oder der thailändischen und indonesischen Klientelgruppierungen.

Der Unterschied zwischen Regierungen und Bürokratien auf der einen sowie Nichtregierungsorganisationen und Klientelgruppierungen auf der anderen Seite wird auf diese Weise immer konturenloser.

Gesellschaftliche Voraussetzung für die Schwächung der einst Mächtigen und für die Übernahme früherer Regierungsaufgaben durch Nichtregierungsorganisationen waren jene neuen Mittelschichten, die noch im 20. Jahrhundert auf schmaler Basis entstanden waren, die sich seither aber, beschwingt durch wirtschaftliche Prosperität sowie durch eigenen Fleiß, immer umfassendere Mitwirkungsgräume erschließen und sich nicht zuletzt auch erhebliche Partizipationsrechte sichern konnten.

Mittelständische Gruppierungen haben dafür gesorgt, daß die Kleine Politik nicht nur im Innen-, sondern auch im Außenbereich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gewichtiger geworden ist, daß Außenpolitik sich also - allen Mininationalismen zum Trotz - immer mehr zu "entnationalisieren" beginnt. Umweltnetzwerke, Medizinetzwerke oder Wissenschaftsnetzwerke enden seit langem nicht mehr an den formellen Staatsgrenzen, sondern überziehen ganze Regionen, ja Kontinente und überspannen bisweilen den Erdball. Auch koreanische, chinesische oder indonesische Überseenetzwerke sind längst nicht mehr nur auf Asien beschränkt, und Handelskammern, wie z.B. die japanische Jetro-Organisation, können die Interessen der Wirtschaft weitaus effizienter wahrnehmen als die staatliche Diplomatie, der deshalb auch nur noch Ergänzungsfunktionen verbleiben.

Zu einflußreichen Organisationen haben sich mittlerweile auch die zahlreichen "Institute für Strategische Studien" entwickeln können, die in den meisten asiatischen Staaten zwar bereits am Ende des 20. Jahrhunderts eine Think-tank-Funktion übernommen hatten, denen heutzutage aber schon fast so etwas wie eine Orakelrolle zukommt. Finanziert werden sie kaum noch aus öffentlichen Mitteln; vielmehr alimentieren sie sich in aller Regel mit Forschungsprojekten, wobei Stiftungen und wirtschaftliche Konzerne zu den Hauptauftraggebern gehören.

Staatliche Bürokratie und Politik müssen sich - zumindest im wirtschaftlichen Bereich - in aller Regel damit zufrieden geben, korporatistische Querverbindungen zwischen Kapital, Arbeit und Bürokratie herzustellen - und damit ein kommunikatives Anliegen fortzusetzen, dem sich im traditionellen China bereits das Mandarinat und später, im Japan der Nachkriegszeit, Organisationen vom Zuschnitt eines MITI mit so durchschlagendem Erfolg gewidmet hatten.

1.3.2

Rückkehr von Traditionselementen

Zweitens haben sich, aller Globalisierung zum Trotz, im Bereich der Innenpolitik verstärkt autochthone Wertvorstellungen zu Wort gemeldet, vor allem was ihre Auswirkung auf Demokratie und Menschenrechte anbelangt. Schon um die Jahrtausendwende hatte sich überall in Asien Widerstand gegen die vor allem von den USA propagierten Ausgestaltungsformen geregt. Sowohl Politiker als auch Publizisten hatten darauf hingewiesen, daß in den asiatischen Traditionen, so sehr sie sich auch sonst voneinander unterscheiden mochten, die Ablehnung des Individualismus durchgängig sei. Wenn aber das Ganze höher

im Kurs stehe als die "freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit", müsse dies auch zu anderen Konsequenzen bei der Ausgestaltung demokratischer Prozesse und bei der Wahrnehmung subjektiver Rechte führen.

Immer holzschnittartiger sind seitdem vor allem die Unterschiede zur westlichen Demokratie hervorgetreten: Während dort als *Träger* vor allem Individuen in Erscheinung treten, sind es hier, in den meisten Staaten Asiens, Gruppierungen oder Verbände; während dort demokratische Prozesse streitig und im Wege offener Konfliktaustragung verlaufen, steht hier die Suche nach "harmonischen" Vereinigungen im Vordergrund - m.a.W. also das permanente Gespräch und die "Konsultation"; während schließlich *Ergebnisse* im Westen auch dann akzeptabel erscheinen, wenn sie mit gerade einmal 51% der Stimmen entschieden wurden, ist hier, in Asien, breiter Konsens nötig, wenn das Ergebnis von den Beteiligten auch wirklich akzeptiert werden soll.

Darüber hinaus sind viele Asiaten nach wie vor eher bereit als Europäer, neoautoritäres Verhalten der Bürokratien zu akzeptieren, wenn es, wie in Singapur, zu akzeptablen Ergebnissen führt, sei es nun bei der Regelung von Umweltfragen, im Bereich der inneren Sicherheit oder bei der Verkehrsberuhigung. Die Verurteilung "zügelloser Durchsetzung von Einzelinteressen auf Kosten der Gemeinschaft" und die damit einhergehende Forderung nach Selbstdisziplinierung sowie nach "harmonischer" Einfügung ins Ganze finden vor allem in den metakonfuzianischen Gesellschaften Ostasiens immer noch beträchtliches Echo.

Als einer der großen Präzeptoren des modernen Asien gilt der vor 40 Jahren verstorbene frühere Ministerpräsident Singapurs, Lee Kuan Yew, der dem Stadtstaat mit seinen "good governance"-Visionen, mit seinem Paternalismus und seinen Erziehungskampagnen eine Ordnung "eingepflegt" hatte, die vielen anderen Regierungen auch heute noch als vorbildhaft gilt.

Da freilich obrigkeitlichen Ambitionen angesichts der Fundamentaldemokratisierung der meisten asiatischen Gesellschaften längst die Grundlage entzogen ist, gehört das "Modell Singapur" eher zu den nostalgisch beschworenen als zu den realen Elementen einer "asiatischen Werte"-Ordnung, wie sie in den Sonntagsreden vieler Politiker aufzutauchen pflegt.

Dem Wiedererstarken der Tradition hat es keineswegs geschadet, daß die Außen- und Außenwirtschaftspolitik sich zunehmend globalisiert und kommunikativ dadurch verdichtet hat, daß seit den 20er Jahren Übersetzungsgeräte zur Verfügung stehen, die den alten Menschheitsraum einer polyglotten Welt erfüllen und freien Gedankenaustausch zumindest auf englisch, chinesisches, japanisch, deutsch, französisch und in Bahasa Indonesia zulassen, und zwar mit Hilfe von Geräten, die so miniaturisiert sind, daß sie in der Jackentasche Platz finden.

Auch das Internet hat trotz seiner Funktion als Globalisierungsschrittmacher den Prozeß der Retraditionalisierung keineswegs aufhalten können. Obwohl es angeblich zu den Grundeigenschaften dieser technologischen Innovation gehört, jeden Teilnehmer gleichsam in den Mittelpunkt der Welt zu rücken, ob er das Netz nun vom Nordpol oder von irgendeinem asiatischen Dorf aus bedient, hat es den

Individualismus in Asien doch keineswegs zur gleichen Bedeutung kommen lassen, wie dies im Westen der Fall ist. Dafür gibt es, von den Individuums-verneinenden Traditionen Asiens einmal abgesehen, einen zusätzlichen - und durchaus handfesten - Grund: Angesichts von Verdoppelungen, ja Verdreifachungen der Einwohnerschaft in vielen Staaten ist es überall zu einer höchst beengten Lebensweise gekommen, vor allem in den Megastädten, die ja gerade in Asien einen so dramatischen Wucherungsprozeß erfahren haben. Je enger aber die Menschen nebeneinander - und in den Betonhochburgen über- und untereinander - leben, umso stärker wächst das Bedürfnis nach Formen eines konfliktfreien Zusammenlebens. Hier beginnt die westliche Tradition der "freien Persönlichkeitsentfaltung" also auf unüberschreitbare Grenzen zu stoßen.

Es scheint, als ob angesichts wachsender "Beengtheit" vor allem die Ordnungslehre des Konfuzianismus eine neue Bewährungsprobe erführe, da sie ja in allererster Linie auf Ich-Verzicht zugunsten des Ganzen, letztlich also auch darauf abstellt, wie ein Maximum an Zusammensein bei einem Minimum an Raum (und an materiellen Mitteln) möglichst konfliktfrei gestaltet werden kann.

Das "ex oriente lux" gehört also noch lange nicht der Vergangenheit an. Wie der Westen noch in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts geglaubt hatte, "von Japan lernen" zu müssen, richten sich heute die Augen der Welt erneut auf Asien. Die "New Age"-Bewegung des 20. Jahrhunderts hat mittlerweile zahlreiche Nachfolger finden können. An der Wiege der NA-Bewegung standen bekanntlich die großen Existenzkrisen der heutigen Welt, die ihrer Natur nach Isolierungskrisen sind: hier Millionen von Hungernden, dort Vernichtung von Nahrungsmittelüberschüssen, hier Unterentwicklung, dort Überrüstung; hier Umweltdumping, dort ökologische Sensibilität. Die NA-Bewegung suchte angesichts solcher Bedingungen schon im 20. Jahrhundert nach einem "ganzheitlichen" Denkansatz, wie er asiatischen Philosophien seit jeher selbstverständlich gewesen, jedoch - im Zeichen einer überhasteten Modernisierung zeitweise abhanden gekommen war. "Denk global, handle lokal" lautete der kategorische Imperativ des "New Age", der inzwischen vor allem dort überall wieder Gehör findet, wo er ursprünglich beheimatet war, nämlich in Asien.

"Asien" hat inzwischen aber nicht nur an seine ureigensten Traditionen wieder anknüpfen, sondern sich zudem in den vielstimmigen Chor des Modernismus einschalten können, dessen Leitmotive lange Zeit ausschließlich vom Westen vorgegeben worden waren. Mitte des 21. Jahrhunderts sind Städte wie Shanghai, Manila, Bangkok, Singapur oder Bombay zu ähnlich kosmopolitischen Zentren geworden wie früher London, Hamburg oder New York. Vor allem haben die chinesische, die japanische und die indische Unterhaltungsindustrie ihren Rückstand gegenüber dem Westen längst wettmachen können und sind multimedial nicht weniger präsent - und einflußreich - als die ehemaligen westlichen Schrittmacher. Gleich hinter Englisch ist Putonghua die am meisten studierte - und mittlerweile auch am meisten verbreitete - Sprache auf dem Erdball.

Anmerkungen:

- 1) UNDP-Bericht, a.a.o., S. 198.
- 2) GB, 1984, S. 1012/1014 und C.a., April 1987, S. 310 f.